

Eltviller Nachrichten

Amtsblatt der



Stadt Eltville

Erscheint wöchentlich zweimal, Mittwochs u. Samstags.
Bezugspreis 1.20 Mk. für das Vierteljahr frei ins Haus.
Durch die Post 1.— Mk. ohne Bestellgeld.

Fernsprecher Nr. 216.

Postcheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 4530.

Anzeigenpreis:
die 1spaltige Petitzeile 15 Pfg., bei Wiederholungen
wird entsprechender Rabatt gewährt.

Nachweislich größte Abonnentenzahl aller Zeitungen in der Stadt Eltville.

Druck und Verlag von B. Fabisz Wwe., Eltville a. Rh., Gutenbergstraße 12.

Nr. 14

Eltville a. Rh., Samstag, den 15. Februar

1919.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Sämtliche hier wohnende Chargierten der deutschen Armee, die infolge der Demobilisierung entlassen sind, vom Offizierstellvertreter abwärts bis einschließlich Unteroffizier, werden auf Befehl der französischen Besatzungsbehörde aufgefordert, sich am Montag, den 17. d. Mts., vormittags von 8—12 Uhr, auf dem Rathaus, Zimmer 12, zu melden. Nichtbefolgung dieses Befehls wird aufs Strengste bestraft.

Eltville, den 14. Februar 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß in Krankheitsfällen Angehörige des Kranken ohne Nachweis in der Sperrzeit zum Arzt, zur Apotheke, zur Hebamme gehen dürfen. Die Personen müssen im Besitze ihrer Personalausweisakte sein und am folgenden Morgen dem Herrn Stadtkommandanten hier eine Bescheinigung des Arztes oder der Hebamme vorlegen, aus der die dringende Notwendigkeit, die Straße während der Sperrzeit zu betreten, hervorgeht.

Eltville, den 14. Februar 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Arbeitszeit.

Der Herr Militärkommandant läßt bekanntgeben, daß die Verordnung vom 23. November 1918, durch welche die gewöhnliche tägliche Arbeitszeit festgelegt wurde, keine Anwendung auf die von den Alliierten besetzten Gebieten finden kann; es ist Sache der Interessenten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sich in dieser Hinsicht auf gütigem Wege zu verständigen, wenn sie diese Verständigung dem Einschreiten der Militärbehörde vorziehen. In Fällen, wo Männer aus Gründen und Ursachen, welche hätten vermieden werden können, ohne Arbeit sind, werden diese in Arbeitsgruppen zusammengestellt und für den Wegebau und sonstige Arbeiten verwendet. Die Herren Bürgermeister ersuche ich um ortsübliche Bekanntgabe.

Radesheim, den 4. Februar 1919.

Der Landrat.

Wird hiermit veröffentlicht.

Eltville, den 14. Februar 1919.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Für Kranke wird am Montag, den 17. d. Mts., nachmittags von 3—5 Uhr, im städtischen Laden für eine Woche Butter und für drei Wochen Margarine ausgegeben.

Eltville, den 14. Februar 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Am Montag, den 17. d. Mts., vormittags von 7^{1/2}—11 Uhr, werden vom Schulkeller aus Kartoffeln für eine Woche ausgegeben. Bezugsberechtigt sind diejenigen, welche noch keine zur Einstellung bezogen haben. Auf den Kopf der Haushaltung entfallen 5 Pfund. Das Pfund kostet 8 Pfennig.

Eltville, den 15. Februar 1919.

Städtische Warenstelle.

Bekanntmachung.

Der Waldweg nach den Distrikten „Erlenborn 25 und 26“, durch die neuen Wiesen, ist wegen Holzfallarbeiten bis auf Weiteres gesperrt.

Eltville, den 12. Februar 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die am 14. Februar 1919 stattgefundenen Holzversteigerung wird hiermit genehmigt.

Eltville, den 14. Februar 1919.

Der Magistrat.

Ebert, Präsident des deutschen Reiches.

Friedrich Ebert ist geboren am 4. Februar 1871 in Heidelberg. Er erlernte das Sattlerhandwerk. Nach der Lehre wanderte er durch Süd- und Norddeutschland. 1892 wurde er Redakteur an der sozialdemokratischen Bremer Bürgerzeitung. Nach seinem Ausscheiden aus der Bremer Bürgerzeitung betrieb er kurze Zeit eine Gastwirtschaft und übernahm dann das Bremer Arbeiterssekretariat. 1900 wurde er in die Bremer Bürgerschaft gewählt. 1905 wurde die Zahl der Sekretäre im Vorstand der sozialdemokratischen Partei vermehrt und der Parteitag 1913 in Jena wählte auf diesen Posten Ebert. Der sozialdemokratische Parteitag von 1913 brachte Ebert in das Vorsitzendenamt. Zum Reichstag kandidierte Ebert früher im 18. Hannoverschen Wahlkreis und 1912 in Elberfeld-Barmen. Unter Prinz Max von Baden trat er in dessen Kabinett ein. Als dieser zurücktrat, wurde er mit Scheidemann Vorsitzender der provisorischen Regierung.

Annahme der vorläufigen Reichsverfassung.

Weimar, 11. Febr. Gestern abend 6 Uhr ist die vorläufige Reichsverfassung ohne besonders aufregende Vorgänge angenommen worden. Seit dieser Stunde haben wir im Deutschen Reich wieder eine Verfassung. Es war ein historischer Augenblick, in welchem die Revolution zu Grabe getragen wurde und das deutsche Volk wieder in die Ära der Gesetzmäßigkeit eintrat. Die Regierung Ebert-Scheidemann hat unmittelbar nach der Annahme des Verfassungsentwurfs aus dieser Tatsache die Konsequenz gezogen, indem sie durch den Mund Scheidemanns erklärte, daß sie das von der Revolution erhaltene Mandat in die Hände der Nationalversammlung zurücklege. Es entsprach einer vorher getroffenen Vereinbarung, wenn der Abgeordnete von Bayer die provisorische Regierung ersuchte, die Geschäfte weiterzuführen, bis der Reichspräsident gewählt und ein Reichsministerium gebildet sei.

Die neue Reichsregierung.

An das Präsidium der deutschen Nationalversammlung ist ein Schreiben des Reichspräsidenten Ebert eingegangen, welches von der durch ihn erfolgten Berufung des Reichsministeriums gemäß § 8 des Gesetzes betreffend die vorläufige Reichsgewalt Mitteilung macht. Demgemäß ist Präsident des Reichsministeriums: Scheidemann; Vertreter des Ministerpräsidenten und Reichsminister der Finanzen: Schiffer; Reichsminister des Auswärtigen: Graf von Brockdorff-Rantzau; Reichsminister des Innern: Dr. Preuß; Reichsarbeitsminister: Bauer; Reichswirtschaftsminister: Bissell; Reichsernährungsminister: Robert Schmidt; Reichsjustizminister: Landsberg; Reichswehrminister, dem auch das Reichsmarineamt unterstellt: Noske; Reichskolonialminister: Dr. Bell; Reichspostminister: Giesberts; Minister ohne Portefeuille: Dr. David, Erzberger und Gothein.

Das neue Heer.

Weimar, 13. Febr. Der Rat der Volksbeauftragten hat die Vorlage über die Bildung eines neuen Reichsheeres durchberaten. Die Friedensstärke des neuen Reichsheeres soll 250 000 Mann betragen.

Der Verfassungsentwurf für Preußen.

Berlin, 10. Febr. Der Verfassungsentwurf für Preußen, der im Ministerium des Innern fertiggestellt ist, wird noch in dieser Woche das Staatsministerium beschäftigen und dann der verfassungsgebenden Landesversammlung

unterbreitet werden, deren Einberufung nach den Politisch-Parlamentarischen Nachrichten noch im Laufe dieses Monats mit Sicherheit erfolgen dürfte. Wie dasselbe Organ hört, sieht der Entwurf ein Einkammersystem und einen besondern Staatspräsidenten vor. Er sei auf breiter Basis demokratischer Grundlage aufgebaut und enthalte alle die Bestimmungen, die die Gewähr dafür böten, daß die Regierung das ausführende Organ des Willens des Volkes sei. Von dem angekündigten Entwurf über die Wahlen zum Kreistag wird bemerkt, er räume mit allen Vorrechten, insbesondere mit denen des Grundbesitzes auf und gewährleiste eine Demokratisierung der bisher durch und durch konservativen Kreistage und Kreisausschüsse. Ob das Gesetz im Verordnungswege erlassen oder der Landesversammlung unterbreitet werden wird, siehe noch dahin.

Preussischer Städtetag und Gemeindevahlrecht.

Berlin, 12. Febr. Der Vorstand des Preussischen Städtetages ist gestern zu einer Sitzung zusammengetreten. Ein Antrag, gegen die Verordnung der preussischen Regierung über die anderweitige Regelung des Gemeindevahlrechts Einspruch zu erheben, gelangte nicht zur Beschlussfassung, weil die Mehrzahl der Vorstandsmitglieder durch die ihnen in ihren Städten obliegenden Amtspflichten oder durch Reiseschwierigkeiten am Erscheinen verhindert war. Es wurde aber in Aussicht genommen, vor den Beratungen der Preussischen Landesversammlung einen allgemeinen Preussischen Städtetag nach Berlin einzuberufen, um zu der endgültigen Regelung des Gemeindevahlrechts und der Städteverfassung sowie zu der Frage der künftigen Gestaltung Preußens Stellung zu nehmen.

Lokales und Provinzielles.

Stadtverordneten-Versammlung.

o Eltoille, 14. Febr.

In der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung vom 13. Febr. (Donnerstag Abend) waren anwesend unter dem Vorsitz des Herrn Stadtverordnetenvorsiehers Stellvertreter, des Herrn Rentmeisters Josef Kögler, die Herren

Warum es so kam —

warum es so kommen mußte.

(Fortsetzung.)

Die schlechte Stimmung, die immer mehr zutage trat, fand leider in manchen bedauerlichen Vorfällen in der Feldarmee nur zu fruchtbaren Nährboden. Ein überaus großer Teil der Offiziere war gleich in den ersten Kämpfen gefallen. Ihre Stellen wurden besetzt durch Personen, bei deren Auswahl man nicht so wählerisch sein konnte wie im Frieden. Vielfach erfahnten diese Herren das Wesen ihrer Stellung, Berater, Vorbilder und beste Kameraden ihrer Untergebenen in und außer Dienst zu sein, leider nicht. Das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen verlor immer mehr den Charakter wechselseitigen Vertrauens. Die Mannschaften sahen vielfach in ihren Offizieren nicht mehr den sorgenden Vorgesetzten, den Berater, den guten Freund, der er sein soll und sein muß.

Diese Zustände, die sich immer mehr mit der längeren Dauer des Krieges, zumal bei den Truppen an der Westfront im Stellungskrieg ausbildeten, waren, wie man zu sagen pflegte, gefundenes Fressen für die sozialdemokratischen Hezer, die natürlich in Ausnützung derselben kräftig übertrieben und verallgemeinerten und jeden Offizier mit dem freundlichen Beiwort „Deutscher“ bezeichneten. Besonders gegen die an Zahl doch immer abnehmenden adligen Offiziere des Friedensstandes, ging die

Stadtverordneten: Josef Abt, Alf. Dommermuth, Peter Fleschner II., Dr. Kornbusch, Peter Kopp, Georg Josef Kremer, Math. Krebs, Dr. Merden, Wilh. Offenstein, Kaspar Nau und Apotheker Sch. Simon. Schriftführer waren die Herren Stadtverordnete Georg Josef Kremer, Dr. Merden und Stadtschreiber Klatte. Der Magistrat war vertreten durch die Herren Bürgermeister Dr. Reutner und Magistratsmitglied Gms.

1. Wahl eines Schriftführers.

Auf Vorschlag des Wahlausschusses, für den Herr Stadtverordn. Rentmeister Kögler berichtet, wird Herr Stadtschreiber Klatte als Schriftführer gewählt.

2. Ermächtigung des Magistrats in der Lateinschulfrage mit der Regierung zu verhandeln.

Ueber die Angelegenheit erhebt sich eine lange Aussprache, die im Anfang große Gegensätze zeigt, die jedoch im Laufe der Besprechung zum größten Teil verschwinden, sodaß es am Schlusse zu einem fast einstimmigen Beschlusse kommt.

Für den Lateinschulausschuß berichtet Herr Stadtverordn. Abt und empfiehlt die Annahme des Magistratsantrages, der die Ermächtigung für den Magistrat erbittet, bei der Regierung anzufragen, unter welchen Bedingungen die Regierung einer demnächstigen Verstadtlung zustimme, falls der bisherige Lehrplan und der bisherige Charakter der Schule beibehalten werde, in der Weise, daß der Leiter der Schule stets katholisch sein soll, daß ein katholischer Theologe als Mittelschullehrer berufen werden und der jeweilige katholische Stadtpfarrer Mitglied des Verwaltungsrates sein soll. Herr Stadtverordn. Abt tritt dafür ein, daß die Lateinschule erhalten und verbessert werde. Eine Verstadtlung käme z. Bt. nicht in Frage, vielleicht überhaupt nicht in absehbarer Zeit, aber deshalb könne man wenigstens sich vergewissern, wie sich die Regierung zu einer eventuellen Verstadtlung stelle. Weiter wolle der Magistrat heute nichts; Herr Stadtverordn. Abt gibt auch einer abweichenden Ansicht Raum, indem er einen Brief des Herrn Dr. Ufinger hier an ihn verliest, der gegen den Magistratsbeschlusse ist, da die Lasten der Stadt bei einer Verstadtlung zu groß würden. Herr Stadtverordn. Abt beantragt schließlich geheime Abstimmung, damit

heimliche Dege los, gegen diese „Abkömmlinge von Raubrittern“, wie das in Gerichtsverhandlungen bei Verlesen von beschlagnahmten Briefen erweislich wurde.

Ein weiterer Umstand, der die Stimmung bei der Truppe verschlechterte, war das langsam, aber stetig wachsende Drückebergertum, über dessen Wesen ich wohl hier keine Aufklärung zu geben brauche. Die Besteckung begann in allen Formen sich zu entfalten; persönliche Vorteile und Annehmlichkeiten wurden dienstlichen Rücksichten und Notwendigkeiten nachgeordnet. Mancher Kv. Mann hat Jahre hinter der Front in Stellungen zugebracht, die durch Gv.-Leute bestimmungsmäßig zu besetzen waren. Revisionen durch Vertreter des Kriegsministeriums brachten nur vorübergehend Besserung in diese Verhältnisse. Kaum war die Revision einige Zeit vorbei, stellte sich die Unzulänglichkeit des gestellten Ersatzes und die Notwendigkeit, den früheren Stelleninhaber wieder zu bekommen, heraus. Kurze Erkrankungen waren ein wirksames Mittel, sich auf den so angenehmen Posten zurückzuschwindeln — ich scheue mich nicht, das Kind beim Namen zu nennen.

Das Jahr 1917 brachte einen weiteren Umstand, der sehr verhängnisvoll wirken sollte. Daß sich jeder nach so langer Kriegsdauer nach dem Frieden sehnte, war kein Wunder. Allein nach dem Wipflingen der feindlichen Offensive war die Stimmung doch so, daß alles in der Armee ein Weiterkämpfen, ein schnelles Suchen

ein möglichst getreues Bild der wirklichen Stimmung gewonnen werde. Er erwähnt noch, daß eine spätere eventuelle Verstadtlung eine reine Kostenfrage sei. Wären die Mittel vorhanden, so wären alle Stadtverordneten dafür. Die Finanzierung würde sich daher leichter gestalten, falls der Stadt ein Teil dieser Mittel von privater Seite zur Verfügung gestellt würde, in Form von Stiftungen, wie es auch anderswo vielfach geschehen sei. Da Eltoille manche begüterte Bürger besitze, die zudem zum Teil an einer guten Schule unmittelbar interessiert seien, werde vielleicht auf diesem Wege der Finanzierung aufgeholfen werden können. Herr Dr. Kornbusch ist gegen den Magistratsantrag. Einmal aus formellen Gründen. Trotzdem die Stadtverordneten-Versammlung zweimal den Antrag abgelehnt habe, bringe der Magistrat ihn abermals ein, das verstoße gegen die Stadtverordnungsung. Das Schwergewicht der Verwaltung liege bei der Stadtverordnetenversammlung, der sich der Magistrat zu fügen habe. Sachlich sei er deshalb dagegen, weil der Stadt in der Zukunft große Ausgaben erwüchsen, besonders in sozialen Fragen, sodaß man sich vorsichtiger Weise zweckmäßig nicht festlege. Herr Stadtverordn. Dommermuth ist für den Magistratsantrag; man könne auch einmal anfragen, selbst wenn es nicht zu einer Verstadtlung käme. Ähnlich äußert sich Herr Stadtverordn. Georg Josef Kremer: es habe noch niemand geschadet, wenn man sich in einer Angelegenheit anderswo erkundigt habe, eine Anfrage mache jedenfalls niemand dummer, oft dagegen gescheiter. Herr Stadtverordn. Nau ist gegen den Antrag. Er tritt den Gründen des Herrn Dr. Kornbusch bei. Wir bekämen sodann bald eine andere Regierung, sodaß jede Verhandlung wertlos sei. Auch sei kein Bedürfnis für eine höhere Schule, Altschulen seien mehr als genug da. Er verleihe hierzu Zeitungsnotizen; wichtig sei, die Kleinkinderschule zu verbessern. Der Vorsitzende Herr Stadtverordn. Rentmeister Kögler, tritt für den Antrag ein. Die Schule zu erhalten, lege im Interesse aller, nicht zuletzt im Interesse der kleinen Leute. Die Schule vermittele das nötige Wissen, damit die Kinder im Leben vorwärts kämen. Was man seinen Kindern an Bildung mitgäbe, sei wertvoller als Geld, deshalb sei es verkehrt an Schulen zu sparen; das

der Entscheidung durch Gegenangriff für notwendig und auch wahrscheinlich hielt. Allein damals begannen die Klagen über die Verpflegungsschwierigkeiten in der Heimat, ferner die Klagen über die wachsenden schlimmen Folgen der Unterernährung immer lauter aus der Heimat in die Feldarmee einzudringen. Urtauber und Briefe aus der Heimat strömten über von Klagen darüber. Die Friedenssehnsucht in Heer und Heimat nahm mächtig zu, keine Entscheidung fiel. Dazu kam das Empfinden, was sehr berechtigt war, der Wucher verteuere die Lebenshaltung der großen besitzlosen Masse des Volkes so, daß der einzige Gedanke, der die Menschen noch interessierte, der war, wie werde ich heute satt? Immer dringender wurde der Wunsch und der Kampf nach Frieden. Immer mehr steigerte sich die Abneigung, für Tschechen, Ungarn, Bulgaren und Türken die Haut zu Markte zu tragen. Die unaufhörlich tätige sozialdemokratische Agitation wußte dann die Ansicht immer mehr zu befestigen, das Deutsche Reich brauche bloß einen „Verständigungsfrieden“ anzubieten und die Feinde würden begeistert und gerührt auf diesen Vorschlag eingehen. „Warum macht die Regierung kein solches Angebot?“, so frug die Mannschaft im Schützengraben, „dann können wir nach Hause“. Diese Stimmung nahm immer mehr zu.

(Fortsetzung folgt.)

sei Sparsamkeit am falschen Orte. Im übrigen handele es sich heute nur um Vorbereitungen, um ein klares Finanzbild zu erhalten. Auch Herr Bürgermeister Dr. Reutner betont den einleitenden Charakter der Schritte, die der Magistrat unternehmen will. Auf Antrag des Herrn Stadtverordn. Dr. Kornbusch soll die Anfrage bei der Regierung besonders dahin gehen, welche laufenden und welche einmaligen Kosten die Regierung verlangt, und welche Anforderungen sie hinsichtlich der Räumlichkeiten stellt. Mit diesem Zusatzantrag erfolgt die öffentliche Abstimmung, die eine fast einstimmige Annahme des Magistratsantrags ergibt, nachdem vorher die beantragte geheime Abstimmung keine Mehrheit gefunden hatte.

3. Ermächtigung des Verwaltungsrates für die Lateinschule einen Nachfolger für Herrn Dr. Wahl anzustellen.

Herr Stadtverordn. Dommermuth berichtet für den Lateinschulenausschuß und empfiehlt, der Lateinschule die Ermächtigung zu erteilen als Nachfolger für den verstorbenen Dr. Wahl einen Akademiker anzustellen. Nicht die Stadt soll diesen Leiter anstellen, sondern die Lateinschule, denn noch sei die Schule eine Privatschule und nicht städtisch. Dagegen werde die Stadt sich nicht weigern, die Finanzen der Schule zu verbessern, sobald es erforderlich sei. Wünschenswert sei es, wenn bei der Auswahl des Leiters 4—5 Stadtverordnete mitwirkten. Herr Stadtverordn. Fleschner fragt an, ob die Lateinschule dieses Jahr wirklich den Voranschlag um etwa 8000 Mk. überschritten habe, das sei dann ein großer Mißstand. Herr Bürgermeister Dr. Reutner erwidert, eine Ueberschreitung läge zweifellos vor, die genaue Summe könne er nicht angeben. Sie sei teils durch eine Unterbilanz des Vorjahres entstanden, teils durch die Gewährung von Teuerungszulagen, der sich die Lateinschule ebenso wenig wie andere Schulen habe entziehen können, wodurch, wie bei anderen Körperschaften, insbesondere auch bei Krankenkassen, der Haushaltsplan nicht eingehalten werden können. Herr Stadtverordn. Abt erwähnt hierbei, er habe in einer der letzten Sitzungen gesagt: Herr Bürgermeister habe Unrecht, nicht 7000 Mk., sondern nur 4000 Mk. Zuschuß sei der Lateinschule bewilligt. Er habe sich inzwischen überzeugt, daß Herr Bürgermeister Recht gehabt habe und bringe dies hiermit zum Ausdruck. Es kommt sodann zur Sprache, daß z. Bt. eine Lehrerin hier 60 Kinder unterrichte; das sei zuviel. Herr Stadtverordn. Rau erwähnt, vor Jahren habe die Stadt zwei Lehrkräfte entlassen und seitdem gepart, weil hier nicht, wie anderswo fast überall, die erst 5½-jährigen Kinder in der Schule aufgenommen worden seien. Herr Bürgermeister Dr. Reutner, erwidert: die zwei Lehrkräfte seien nicht deshalb gepart worden, sondern weil damals die Beschulung von 150 Kindern von dem Lehrerinnen-Seminar übernommen worden sei. Der Magistratsantrag findet sodann Annahme.

4. Bewilligung von Mitteln zur Auszahlung von Quartiergeldern.

Der Magistrat bittet um 30,000 Mk., um privaten Quartiergebern von Besatzungstruppen demnächst Quartiergelder auszahlen zu können. Die Versammlung beschließt auf Vorschlag des Finanzausschusses — Berichterstatter Herr Stadtverordn. Dr. Kornbusch — der Magistrat solle vorläufig diese Gelder nicht auszahlen, bis die Rechtslage, ob und was gezahlt werden muß, geklärt ist. Eine Anfrage an die Aufsichtsbehörde ist gestellt, die Antwort ist für demnächst zu erwarten. Dann erst soll über die Bewilligung der Mittel entschieden werden.

5. Bewilligung von Mitteln für den Betrieb der städtischen Massenquartiere.

Den Eigentümern der Räume, die als städtische Massenquartiere eingerichtet sind, entstehen

für Brand, Licht usw. erhebliche Kosten, für die dem Magistrat bisher Mittel nicht bewilligt waren. Deshalb erbittet der Magistrat einen Kredit von 10,000 Mk., den die Versammlung auf Bericht des Finanzausschusses — Berichterstatter Herr Stadtverordn. Dr. Kornbusch — bewilligt.

6. Bewilligung von Mitteln für die Einrichtung der städtischen Besatzungsquartiere.

Für die Einrichtung der städtischen Massenquartiere sind 50,000 Mk. bewilligt. Ausgegeben sind jedoch bereits rund 65,000 Mk. Wie Herr Stadtverordn. Dr. Kornbusch namens des Finanzausschusses ausführt, habe man teils mit größerer Belegung der Massenquartiere gerechnet, als sie eingetreten ist, teils sind die angeschafften Einrichtungsgegenstände wieder verkauft worden, bis heute für etwa 25,000 Mk., sodaß tatsächlich z. Bt. 40,000 Mk. netto ausgegeben sind. Es sei zu erhoffen, daß durch weitere Verkäufe diese Summe noch herabgemindert werde. Er befürworte daher den weiteren, nur formellen Kredit von 18,000 Mk., den der Magistrat erbitte, mit der Maßgabe, daß der Besatzungsausschuß möglichst bald die Räumung der Quartiere, soweit tunlich, herbeiführe und Rechnung lege. Die Versammlung stimmt diesem Vorschlag bei. Herr Stadtverordn. Fleschner betont noch die Notwendigkeit, alle z. Bt. nicht gebrauchten Einrichtungsgegenstände zu sichern und an einem Orte zu sammeln, damit möglichst größerer Schaden vermieden werde.

7. Bewilligung von Mitteln für Ablieferung der Waffen.

Bekanntlich mußten auf Anordnung der Besatzungstruppen die Waffen der Einwohner abgegeben und nach Rüdesheim geschafft werden. Dadurch sind 178.10 Mk. Kosten entstanden, die auf Vorschlag des Finanzausschusses — Berichterstatter Herr Stadtverordn. Dr. Kornbusch — bewilligt werden.

8. Bewilligung von Mitteln für die Abgabe von Salz- und Höfensonnenbädern.

Wie Herr Stadtverordn. Abt für den Finanzausschuß berichtet, will der Magistrat Skrophulösen und rhachitischen Kindern Salz- und künstliche Sonnenbäder verabreichen lassen. Der Vaterländische Frauenverein hat zu diesem Zwecke drei Zimmer seines Hauses — früher Snell'schen Hauses — zur Verfügung gestellt, samt Badeeinrichtung, Höfensonne und Betten zum Ruhen nach dem Bade. Er will auch für Heizung, Reinigung und Licht sorgen. Die Stadt dagegen muß für das Badesalz und Badesfrau aufkommen. Die Kosten hierfür und für eine Mahlzeit nach den anstrengenden Bädern betragen jährlich 700 Mk., die der Magistrat erbittet. Bemittelte sollen die Bäder bezahlen, Unbemittelte sollen sie frei haben. Der Finanzausschuß schlägt vor, vorläufig nur 350 Mk., also für ein halbes Jahr zu bewilligen um die Entwicklung der Angelegenheit abzuwarten. Diesem Beschlusse tritt die Versammlung bei, nachdem auch Herr Stadtverordn. Fleschner warm für die Sache eingetreten war.

9. Bewilligung von Mitteln für Erwerbslosenfürsorge.

Wie Herr Stadtverordn. Rentmeister Roegler für den Finanzausschuß berichtet, muß die Stadt gesetzlich die Erwerbslosen unterstützen. Dem Magistrat müssen daher Mittel zur Verfügung gestellt werden. Der Magistrat erbittet 20,000 Mark. Die Versammlung bewilligt vorläufig nach Vorschlag des Finanzausschusses 10,000 Mk.

10. Bewilligung von Mitteln für Notstandsarbeiter.

Um die Erwerbslosenfürsorge möglichst zu vermeiden, hat — wie Herr Stadtverordn. Rentmeister Roegler für den Finanzausschuß berichtet — die Stadt Notstandsarbeiten ausführen lassen. Es sei dies auch der Erwerbslosenfür-

sorge aus zwei Gründen vorzuziehen: Einmal werde so praktische Arbeit geleistet, die der Stadt unmittelbar oder mittelbar zu Gute käme. So werde z. B. die Besserung der Waldwege vorwiegend die Holzverkaufspreise anziehen lassen, da die Abfuhr verbilligt werde. Der zweite Grund sei der moralische, daß man jemand, der arbeiten wolle, nicht dürfe müßig gehen lassen. Die früher bewilligten 10,000 Mk. seien in Kürze aufgebraucht, daher schlage er vor, dem Magistrat weitere 10,000 Mk. zu geben. Falls die Waldwege fertiggestellt seien, weise er auf die Weinbergswegen hin; und zwar beantrage er, daß die Interessenten wegen der ihnen erwachsenden Vorteile zu einer Sondersteuer herangezogen würden. Das sei gut und billig, denn bei guten Wegen könne man nicht nur mehr leisten, sondern man spare und schone auch an Pferden, Wagen und sonstigem Material. Diese Sondersteuer sei übrigens altes Recht: früher hätten die Interessenten Hand- und Spanndienste geleistet, d. h. sie waren selbst und mit ihrem Fuhrwerk zu den Begearbeiten herangezogen worden; heute sollten sie statt dessen Geld zahlen. Auch Herr Stadtverordn. Fleschner und Magistratsmitglied Ems betonen die Notwendigkeit der Besserung der Weinbergswegen. Magistratsmitglied Ems meint, die Grundsteuer der Weinberge sei vielleicht zu erhöhen statt Sondersteuer. Herr Stadtverordn. Abt weist auf das notwendige Ausheben der Wiesengräben hin. Die beantragten 10,000 Mk. werden sodann bewilligt.

Herr Stadtverordn. Dr. Kornbusch berichtet über die Geschäftsordnung, die er auftragsgemäß entworfen habe, sie sei vom Organisationsausschuß bereits angenommen worden und liege z. B. dem Magistrat vor, der hoffentlich bald zu ihr Stellung nehmen werde.

Nicht öffentliche Sitzung.

Herr Johann Holland, dessen Anstellung als Hilfsfeldhüter kürzlich beschlossen wurde, soll nunmehr als Feldhüter angestellt werden, da es sich um die Wiederbesetzung einer planmäßigen Stelle, nämlich der des verstorbenen Feldhüters Dienstadt, handelt und nicht um eine außerplanmäßige Stelle.

Der städtischen Fürsorgerin Frä. Beckmann wird eine Teuerungszulage von jährlich 600 Mk. bewilligt.

Dem Revierförster Rödler und dem Forstgehilfen Petri werden vom 1. April 1918 ab die jeweiligen Kriegsteuerungszulagen nach Staatsgrundsätzen bewilligt.

Ebenso werden für die städtischen Beamten die zwei einmaligen Teuerungszulagen, die den Staatsbeamten im September und November gewährt wurden bewilligt.

Bei der kürzlichen Gehaltsfestsetzung des Bürgermeisters machte der Bezirksausschuß Bedenken dahin geltend, daß die Gehaltshöhe zweckmäßig nicht in Abhängigkeit von dem Amtsrichtergehalt gesetzt werde. Diese Abhängigkeit wird daher gestrichen. Im Uebrigen tritt eine Änderung des Beschlusses nicht ein.

n Eltville, 13. Febr. (Besitzwechsel.) Die Ehefrau Peter Josef Eisler, hier, kaufte von dem Bäckermeister Herrn Franz Edel und Mit-eigentümer, hier, 91,70 ar Weinberge (in den Distrikten „Kalbspflicht“ 6,05 ar, „Oberseßling“ 7,36 ar, „Albus“ 13,13 ar, „Alte Bach“ 13,98 ar, „Langenstück“ 7,25 ar, „Obere Steinnäcker“ 16,61 ar, „Mittlere Grimm“ 21,22 ar, „Untere Seßling“ 6,18 ar) für 9176 Mk.; ferner von dem Schmiedemeister Jakob Schieferstein Erben, im „Untersteinnäcker“ einen 5,47 ar und im „Oberlangenstück“ einen 9,86 ar großen Weinberg für 1570 Mk. — Die Ehefrau Nathan Simons, hier, verkaufte das Haus Rheingauerstraße 43 an die Eheleute Joh. Bapt. Kaltenecker, hier, für 8300 Mk.

b Eltville, 13. Febr. Die Umschläge von Geschäftsbriefen nach dem unbefestigten Deutschland, nach Lothringen oder nach dem Elsaß müssen den Namen und die Adresse des Absenders, sowie den Vermerk „Geschäftsbrief“ tragen. Der Absender übernimmt durch eigenhändige Unterschrift dieses Vermerkes die persönliche Verantwortlichkeit für die Richtigkeit. Briefe, die den Vermerk „Geschäftsbrief“ mit eigenhändiger Unterschrift nicht tragen, werden zur Beförderung nicht angenommen.

ss Eltville, 13. Febr. Auf der als Schlittschuhbahn benutzten Eisfläche des sogenannten „Kleinen Rheins“ ereignete sich am 9. d. Mts. ein schwerer Unfall. Ein mit 5 Personen besetzter Handschlitten brach ein, dabei verschwand die bei Herrn Graf Sierstorff auf der Eltwiller Aue bedienstete 18-jährige Luise Schmeer unter der Eisbede und ertrank. Die übrigen Personen konnten gerettet werden. Die Leiche wurde geborgen und ist heute auf dem hiesigen Friedhofe beigesetzt worden.

* Eltville, 14. Febr. Der Eisgang auf dem Rhein hat sich seit Mittwoch auf die ganze Breite des Stromes erstreckt, doch sind es auf der linken Seite bisher nur dünne Schollen, während rechtsrheinisch, vom Maine her, dieselben reichlicher und stärker zufließen. Da ein Nachlassen des Frostes zu erwarten ist, wird sich der Abgang des Treibeises voraussichtlich glatt abwickeln.

* Eltville, 14. Febr. (Sommerzeit.) Wie die Agence Havas aus Paris meldet, wird in der Nacht vom 1. zum 2. März die Uhr um eine Stunde vorgestellt. Am 5. Oktober tritt dann wieder die Normalzeit in Kraft. Dies gilt jedenfalls auch für das besetzte Gebiet.

Mainz, 13. Febr. Die Mainzer Zeitungen veröffentlichen gleichlautend folgende Notiz:

Amts-niederlegung des Oberbürgermeisters! Auf Befehl des kommandierenden Generals der 10. Armee, hat Herr Oberbürgermeister Dr. Göttemann auf die fernere Ausübung seines Amtes als Oberbürgermeister der Stadt Mainz verzichtet. Mit der Führung der Geschäfte ist Herr Bürgermeister Dr. Kälb beauftragt worden. Anlaß der Amtsenthebung des Oberbürgermeisters war sein Verhalten bei der Stadtverordnetenversammlung am 7. Februar bei Verhandlung der Interpellation über den Erlaß des kommandierenden Generals betr. Einführung des französischen Unterrichts in den Volksschulen.

Katholische Kirche, Eltville.

Sonntag, 16. Februar.

6.45, 7.45, 8.45 Uhr hl. Messen.
9.30 Militärgottesdienst.
10.30 Uhr Hochamt.
2 Uhr sakramental. Bruderschaft mit Umgang.

An Werktagen.

6 Uhr Frühmesse, 6³⁰ Uhr Pfarrmesse, 7³⁰ Uhr hl. Messe.

Schwesterkapelle.

Sonntag, 16. Februar. 6.30, 7 und 8 Uhr hl. Messen.

An Werktagen.

6, 6.45 u. 7.15 Uhr hl. Messen.

Sonntag, 4 Uhr: Versammlung des Marienvereins in der Kleinkinderschule.

Diesjährigen Mitglieder der Jugendsparasse, die ihre Bücher noch nicht zum Jahresabschluß abgeliefert haben, wollen dieses am Sonntag mittag tun.

Beilagen-hinweis.

Unserer heutigen Nummer liegt die Verlosungsliste der Nassauischen Landesbank der 3¹/₂% Schuldverschreibungen Buchst. F, G, H, K und L (Verlosung am 3. Dezbr. 1918) bei, worauf wir unsere Leser aufmerksam machen.

Die Expedition.

Verantwortlich: Robert Etienne, Eltville.

Bekanntmachung.

Wie wir hören, wären Familien bereit, französische Besatzungstruppen in Quartier zu nehmen, falls sie Betten hätten. Wir sind nicht abgeneigt, derartigen Familien Betten aus unseren Beständen zu überlassen und bitten Interessenten wegen des Näheren bei uns im Zimmer 12 vorzusprechen.

Eltville, den 15. Februar 1919.

Der Magistrat.

Für sogleich oder zu Ostern intelligenter Jung als

Buchdrucker-Lehrling

gesucht.

Gründliche Ausbildung in Satz und Maschine

Otto Etienne,

Druckerei der „Rheingauer Weinzeitung“
Oestrich a. Rh.

Transportgenehmigungs-Formulare

nach Vorschrift der franz. Behörde
vorrätig in der

Buchdruckerei B. Fabisz Wwe.
(„Eltviller Nachrichten.“)

Freiwillige

Grundstücks-Versteigerung.

Als Bevollmächtigter der Erben des verstorbenen Rentners Carl Braß und des Kaufmanns Gustav Braß zu Mainz versteigere ich am

Dienstag, den 18. Februar 1919, vorm. 11¹/₂ Uhr, im Gasthaus „Zum Gutenberg“ (Besitzer: Jean Schwab), folgende im Grundbuch von Eltville, Band 37, Blatt 1294 und Band 18, Blatt 644 eingetragenen Grundstücke:

A. Band 37, Blatt 1294

1. Flur 22, Parz. ¹⁸⁴/₂₃, Weingarten „Oberer Sonnenberg“ 10,07 qm
2. „ 22, „ ²³³/₂₂, „ „ 1 ar 19 qm

B. Band 18, Blatt 644

1. Flur 22, Parz. ²⁰⁰/₁₉, Weingarten „Oberer Sonnenberg“ 31 ar 67 qm
2. „ 22, „ ²¹⁵/₂₈, „ „ 15 ar 05 qm
3. „ 22, „ 30, „ „ 4 ar 43 qm

Die Versteigerungsbedingungen können bei dem Unterzeichneten eingesehen werden.

In Vollmacht: Richard Fuhrmann.

Wohnung,

2–3 Zimmer, Küche und Zubehör von Ehepaar ohne Kinder zum 1. 4. oder 1. 5. gesucht. Offerten unt. C. B. an die Exped. d. Bl.

Ein- oder Zwei-Familienhaus

zu kaufen gesucht. Offert. m. Preisangabe an die Exped. d. Blattes

Zur Weitererlernung der Stenographie

(Syst. Stolze-Schrey) wird geeignete Gelegenheit in Eltville gesucht. Näh. i. d. Exped. d. Bl.

Sauberes, tüchtiges Mädchen — sucht Stelle für Küche und Haus. Auskunft i. Verla.

F. W. KINKEL, Gerberei und Ledertabrik

Heidesheim (Rheinhessen) und Mainz
übernimmt das Gerben von Grosshäuten, sowie von Kalb-, Ziegen- u. kleinen Fellen.

Ankauf von Rohhäuten und Fellen
in jedem Umfang.

Fabrikation von Lederwaren,
Spezialität: Kumte, Geschirre, Treibriemen,
Massenartikel.

Trockenes

Buchen- und Kiefernholz

hat noch fuhrenweise abzugeben

Karl Friesing, Wambach
b. Schlagenbad

Jakob Heinrich's
bester

Fussboden Oelersatz

— beste Qualität —

per Liter Mark 1.10 ohne Flasche,
mit Flasche Mark 1.25.

In Eltville zu haben bei
Josef Fleschner, Gutenbergstr.

Gewissenhafte
Erledigung aller Ver-
trauens-Angelegen-
heiten

streng diskret
u. sachgemäss.

Mässige Honorare.

la. Referenzen u.
Dankschreiben
aus allen
Kreisen.

Detektive

Detektei

„Zukunft“

G. m. b. H.

Wiesbaden

am Römerlor 1,

gegenüber dem Wiesbadener Tageblatt

Telefon Wiesbaden 566.

Telegramm-Adresse: „Aufklärung“

Auskünfte

Filiale:
Frank-
furt a. M.
Schiller-
platz 5–7
gegenüber der
Hauptwache.

Hamburg:
Mönkebergstr. 17
Stettin.

Hauptsitz:
Berlin W. 50,
Kurfürsten-Damm 16.
Gegründet 1907.